

Der städtische Voranschlag für 1931.

Der Wiener Stadtsenat setzte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Beratung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1931 fort. Zur Verhandlung gelangte die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform.

Den Bericht erstattete amtsführender Stadtrat Speiser. Er führte aus, dass der gesamte Personalaufwand der Hoheitsverwaltung mit rund 200'5 Millionen Schilling veranschlagt werde gegenüber 196'5 Millionen Schilling, die für das laufende Jahr veranschlagt worden seien. Auf das aktive Personal samt Lehrpersonen entfallen 149 Millionen Schilling, auf die Pensionisten 47 Millionen Schilling und auf die niederösterreichischen Landes-pensionisten 4'5 Millionen Schilling. Das für 1931 veranschlagte Mehrerfordernis betrage 4 Millionen Schilling. Von diesen entfallen auf die aktiven Angestellten 2'3 Millionen Schilling und auf die Pensionisten 1'7 Millionen Schilling. Der erhöhte Aktivitätsaufwand sei zum Teil auf die mit Jänner 1930 wirksam gewordenen Massnahmen für eine Reihe von Angestell- tengruppen zurückzuführen, zum Teil auf eine Erhöhung des Personalstandes bei den technischen Agerden, im Wohlfahrtswesen, bei der Feuerwehr und so weiter und schliesslich auf die normalen Vorrückungen der Angestellten. Der erhöhte Pensionsaufwand beruhe auf der Zunahme der Zahl der Pensionsparteien.

Die Gemeinde Wien habe am 1. August dieses Jahres 25.871 Angestellte und Lehrpersonen beschäftigt, um 279 Personen mehr als am 1. August 1929. Von diesen werden in der allgemeinen Verwaltung 4.783 Personen, in den Betrieben der Hoheitsverwaltung 14.591, im Schulwesen 6.435 und im Kontrollamt 62 Personen verwendet. Ausserdem habe die Gemeinde in ihren Unter- nehmungen, die nicht von der Hoheitsverwaltung geführt werden, wie bei den Strassenbahnen, beim Gaswerk, beim Elektrizitätswerk und so weiter am 1. August dieses Jahres 2.901 Beamte und 21.734 Bedienstete, zusammen also 24.635 Personen beschäftigt. An Pensionisten haben am 1. August dieses Jahres diese Unternehmungen 1.149 Beamte und 7.776 Bedienstete, zusammen 8.925 Personen gezählt. Die Personalauslagen für diese Unternehmungsangestellten und Unternehmungsbediensteten betragen insgesamt 152'4 Millionen Schilling für die Aktiven und 15.5 Millionen Schilling für die Pensionisten, insgesamt 167'9 Millionen Schilling. Alles in allem seien bei der Gemeinde 50.506 Personen beschäftigt; die Zahl der Personen, die Ruhe- und Versorgungs- genüsse beziehen, betrage 19.296. Die Gemeinde gebe insgesamt für alle ihre Beamten, Lehrer, Angestellten, Bediensteten und Arbeiter jährlich 301 Millio- nen Schilling, für ihre Pensionsparteien 67 Millionen Schilling, zusammen also 368 Millionen Schilling aus.

In der Debatte tadelt zunächst Frau Stadtrat Dr. Motzko, dass die Personalpolitik nach parteipolitischen Grundsätzen geführt werde. Die Ver- waltung verhandle bei grundlegenden Fragen der Personalpolitik nur mit dem Verbands der städtischen Angestellten; die anderen Organisationen werden nicht berücksichtigt. Die grundsätzliche Forderung der Minderheit nach Demokratisierung der Personalverwaltung sei bis heute nicht erfüllt worden. Berechtigte Interventionen der Vertreter der Minderheit werden vom Perso- nalreferenten niemals beachtet. Die Personalpolitik sei nicht frei von parteipolitischen Missbräuchen, die mitunter sehr weit gehen. Von einer Ent- politisierung der Verwaltung könne daher nicht gesprochen werden. Ein schon wiederholt kritisierte Mangel in der Verwaltung sei auch, dass in der Ge- meindeverwaltung keine Möglichkeit bestehe, das Schulwesen einer entspre- chenden Kritik zu unterziehen. Das System der aussertourlichen Auszeichnun- gen gebe ebenfalls vielfach Anlass zu Rekriminationen, da für diese Aus- zeichnungen nur politische Momente massgebend seien.

Vizebürgermeister Hoss bemängelt ebenfalls, dass das äusserst wichte- lige Kapitel des Schulwesens aus der Gemeindeverwaltung vollkommen ausge- schaltet sei. Im Budget seien in der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftswesen 80 Millionen Schilling für das Schulwesen veranschlagt und kein Gemeindefunktionär habe die Möglichkeit, im Stadtsenat oder Ge- meinderat über Schulfragen zu sprechen. Ein solcher Zustand sei unerträg- lich. Schliesslich tadelt Vizebürgermeister Hoss, dass bei Personalanstellun- gen parteipolitische Erwägungen ausschlaggebend seien.

Gemeinderat Binder führt aus, dass die Gemeinde den Angestellten mehr entgegenkommen müsse, als sie es bisher getan habe. Die Minderheit müsse unbedingt die Schaffung eines eigenen Referates für das Schulwesen im Rahmen der Gemeindeverwaltung fordern.

Gemeinderat Angermayer beschäftigt sich mit dem Kontrollamt. Die Berichte des Kontrollamtes gehen an die amtsführenden Stadträte, in deren Belieben es dann stehe, die Ratschläge des Kontrollamtes zu befolgen oder nicht. Er stellt den Antrag, dass alle Zwischenberichte des Kontrollamtes nicht wie bisher an die amtsführenden Stadträte, sondern an den Finanzausschuss geleitet werden sollen.

Stadtrat Kunschak verweist auf die drückende Notlage der geistigen Arbeiter. Nach Vollendung der Mittelschulstudien, nach Vollendung der Hochschulstudien stehen die jungen Leute vor dem Nichts, da sie unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen keine Beschäftigung finden können. Aus dieser Armee von verzweifelt Menschen rekrutieren sich die destruktivsten Elemente. Angesichts der Notlage dieser Menschen müsse man an das Gewissen und an das Solidaritätsgefühl der Doppelverdiener und Doppelversorger appellieren. Er empfehle daher dem Personalreferenten, sich mit der Frage der Doppelversorger zu befassen.

Stadtrat Speiser erwidert auf die Vorwürfe der Opposition, dass er sich stets bemühe, die Verwaltung von parteipolitischen Einflüssen ferne zu halten. Es sei auch nicht richtig, dass der demokratische Einfluss in der Personalverwaltung fehle. Die Gemeindevertreter der Mehrheit und der Minderheit sitzen in der Personalkommission mit den Vertretern der Angestellten beisammen, der Personalausschuss und der Senat behandeln die Personalfragen, ebenso der Gemeinderat. So etwas gebe es beim Bund nicht. Er weist auch den Vorwurf zurück, dass die Glaubenszugehörigkeit eines Stellenwerbers bei Aufnahme irgendeinen Einfluss habe. Die Schulverwaltung unterstehe eigentlich nicht der Gemeinde, sondern einer Bundesbehörde, dem Stadtschulrat. Die Schaffung einer Schulverwaltungsstelle bei der Gemeinde sei daher sehr schwierig.

Die Positionen der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform werden mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt. Der Antrag Angermayer wird abgelehnt.

Nunmehr gelangt die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung zur Verhandlung.

Berichterstatte Professor Dr. Tandler verweist auf das Missverhältnis zwischen der Zahl der Lebensgeburten und der Zahl der Todesfälle. Dieses Missverhältnis sei bevölkerungspolitisch von besonderer Bedeutung. Im Jahre 1922 gab es in Wien 29.000 Lebendgeburten, in den Jahren 1923 und 1924 je 27.000, im Jahre 1925 26.000, im Jahre 1926 23.000, im Jahre 1927 20.000, im Jahre 1928 19.000 und im Jahre 1929 schliesslich 18.410 Lebendgeburten. Dieser ständige Rückgang der Zahl der Lebendgeburten werde sich in 12 bis 14 Jahren sozial und ökonomisch auswirken. Die von der Gemeinde Wien geschaffenen Sonderinstitutionen auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens erfüllen in mustergültiger Weise ihre Aufgaben. Die Eheberatungsstelle weise einen normalen Besuch auf, die Frequenz in der Beratungsstelle für Geschlechtskranke nehme von Jahr zu Jahr zu. Bemerkenswert sei, dass die Geschlechtskrankheiten in Wien, vor allem die Syphilis, in einer Art und Weise zurückgegangen seien, wie dies niemals erwartet wurde. Die Beratungsstelle für Nerven- und Gemütskranke bewähre sich ebenfalls. Ein ganz bedeutender Erfolg könne bei der augenärztlichen Zentrale für Schulkinder festgestellt werden. Während in den Jahren 1922 bis 1926 bloss 2.600 Schulkinder diese Zentralstelle aufsuchten, seien in den ersten 8 Monaten dieses Jahres allein nicht weniger als 4.487 Kinder in der augenärztlichen Zentrale beraten und behandelt worden. Einen ganz hervorragenden Aufstieg haben auch die Schulzahnkliniken genommen. Sie zählten im Jahre 1922 nur 6.632 Besucher. Im vergangenen Jahr waren es 137.170 Besucher. Es sei daher begreiflich, dass die Wiener Schulzahnkliniken aller Welt zum Vorbild dienen. Die Frequenz, die die städtischen Mutterberatungsstellen aufweisen, sei eine ungeheure Mehr als 90 Prozent aller Wiener Mütter stillen ihre Kinder selbst. Ein solcher hoher Prozentsatz sei in keiner anderen Stadt der Welt festzustellen.

Stadtrat Dr. Alma Motzko bemängelt, dass die Gemeinde in der Fürsorge an der Kommunalisierungspolitik festhalte. Es sei unbedingt notwendig und im Interesse der Fürsorge selbst gelegen, sich mit der freiwilligen Fürsorge zu verbinden. Es sei höchst bedauerlich, dass auch in der Fürsorge zweierlei Mass angewendet werde. So werden beispielsweise Interventionen des Reichsverbandes der Arbeitsinvaliden vom Magistrat überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Eine solche einseitige Einstellung könne unter keinen Umständen gebilligt werden. Zur Frage des Geburtenrückganges erklärt die Rednerin, dass man diesem durch weitestehende Familienfürsorge begegnen müsse.

Die Verhandlungen werden abgebrochen. Die nächste gemeinsame Sitzung des Stadtsenates und der Finanzausschusses findet morgen um 16 Uhr statt.